

Organisation der neuen Landesgeschäftsstelle der CDU in NRW

Die CDU in NRW wird noch vor der Sommerpause nach Düsseldorf umziehen und im Haus Wasserstraße 5 (Nähe Landtag) die Landesgeschäftsstelle einrichten. Nach der Sommerpause, d. h. ab September, heißt es dann „volle Kraft voraus“ in Richtung Erfolg bei der Bundestagswahl.

In seiner letzten Sitzung hat der Landesvorstand NRW auch festgelegt, wie die Struktur der neuen Landesgeschäftsstelle aussehen soll. Dabei wird bei allen Überlegungen von einem Mitarbeiterstab von 40 bis 45 Personen ausgegangen.

Der Landesleitung wird ein politischer Stab und ein Sprecher unmittelbar zugeordnet sein. Die Geschäftsführer der Ver-

einigungen und der Sonderorganisationen unterstehen zwar weiterhin den betreffenden Landesvorständen, werden in der Geschäftsstelle aber ebenfalls der Landesleitung zugeordnet.

Darüber hinaus soll es zwei Abteilungen geben:

- ① Die Abteilung „Organisation“ mit den Bereichen Organisation, Finanzen, Personal, Rechtsfragen, Bürokommunikation, Technik und Verwaltung sowie
- ② die Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit“ mit den Bereichen Aktion und Werbung, Wahlkampfkoordination, Parteiinterne Information, Medienkontakte, Verbände und die Schulungsarbeit.

Gentechnologie erfordert gesetzliche Initiativen

Eine „Kommission Gentechnologie“ der CDU-Frauenvereinigung hat in den vergangenen Monaten dieses schwierige Thema aus dem Bereich der neuen Techniken diskutiert. Die Kommission legte jetzt dem Landesvorstand der Frauenvereinigung ein erstes Zwischenergebnis ihrer Arbeit vor, das wir hier veröffentlichen. Die Kommission wird in den kommenden Monaten weitere Themenbereiche der Gentechnologie diskutieren.

Die Erkenntnisse der Genetik und die Möglichkeiten der Gentechnologie haben die Menschen in die Lage versetzt,

- auf die Pflanzen- und Tierwelt,
- auf das menschliche Leben,
- auf durch Bakterien und Viren verursachte Krankheiten,
- auf Erbkrankheiten des Individuums und der Familie sowie der Bevölkerung Einfluß zu nehmen.

Schon seit langem wissen wir, daß bei vielen Krankheiten Erbfaktoren eine Rolle spielen, daß Krankheiten aber auch durch Umwelteinflüsse hervorgerufen werden. Hauptmotiv für die Forschung im Bereich der Genetik ist die Abgrenzung zwischen äußeren Einflüssen und Erbanlagen.

Besonders weit fortgeschritten ist die Gentechnologie im Umgang mit Bakterien, Viren, Hefen und in der Mikrobiologie. Es gibt bereits die verbesserte Produktion von Antibiotika und die Herstellung von Humaninsulin; die Analyse einzelner Virus-Genome wurde enorm verbessert. Schließlich ist festgestellt worden, daß zur Verminderung von Ernteverlusten und der Anwendung von Fungiziden und Herbiziden gegen Pflanzenkrankheiten die Neukombination von Resistenzgenen gelungen ist.

Im Interesse der Öffentlichkeit hat die ethische Frage, ob der Mensch alles tun dürfe, was er könne, besondere Aufmerksamkeit erlangt. Die Fähigkeit, Genomanalysen vorzunehmen, würde z. B. Arbeitgebern die Möglichkeit eröffnen, ihre Angestellten vor der Einstellung zu testen und Krankenversicherungen, zur Voraussetzung für die Gewährung eines Versicherungsschutzes, eine solche Genomanalyse zu machen.

Beim Gentransfer, bei dem versucht wird, ein intaktes Gen in eine bestimmte Körperfzelle einzubringen oder in die Keimbahn eines Menschen, der an einer bestimmten Erbkrankheit leidet, wird, so lange dies zu Therapiezwecken geschieht, die Problematik zunächst nicht besonders deutlich. Da der Transfer in die Keimbahn aber bewirkt, daß die Keimzelle Träger neuer genetischer Informationen wird, wird das Erbgut mit der Konsequenz auch für alle Nachkommen verändert. Auf den Menschen angewandt, ermöglicht dies aber auch die Manipulation am menschlichen Erbgut, ja sogar die Züchtung von Menschen.

Unter diesem Gesichtspunkt wird die Frage des Schutzes der Menschenwürde besonders bedeutend. Wegen denkbarer Mißbrauchsmöglichkeiten erscheint ein

solcher Transfer, auch wenn er im Einzelfall nur der Heilung von Erbkrankheiten dienen soll, ebenfalls problematisch.

Da unsere Rechtsordnung verlangt, daß sich jedwede Forschung und Technologieanwendung im Rahmen des Grundgesetzes, also insbesondere unter Beachtung der Grundrechte vollzieht, ist die Kernfrage daher, inwieweit **die Würde des Menschen, die Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auch unter Berücksichtigung des Grundrechts auf Freiheit der Forschung berührt werden.**

Es ist daher schließlich festzustellen, daß der Staat Maßnahmen wird ergreifen müssen, die z. B. im Bereich

- des Zivilrechts
- des öffentlichen Rechts
- des Strafrechts
- des ärztlichen Standesrechts

erforderlich werden.

PERSONALIEN

Adolf Müller, MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Ehrenvorstand der CDA in Bund und Rheinland, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen, wurde 70 Jahre alt.

Dr. Rainer Barzel, MdB, ist zum Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen berufen worden. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Dr. Alfred Dregger, begrüßte diese Entscheidung. Es sei sehr willkommen, daß Dr. Barzel seine hervorragende Sachkompetenz und seine langjährigen Erfahrungen einer neuen wichtigen Aufgabe in der deutschen Politik zuwende.

Kandidaten der Bundestags-Wahlkreise

In den Wahlkreisen im Gebiet der CDU Rheinland sind die Politiker, die sich um ein Direktmandat für den Bundestag bewerben, gewählt worden. In den kommenden Wochen wird in den Parteigremien auf der Ebene der CDU Rheinland und der CDU Nordrhein-Westfalen über die Aufstellung der Landesliste für Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Am 21. Juni tagt das „200er Gremium“ der CDU Rheinland, um den rheinischen Teil der Landesliste festzulegen. Am 19. Juli findet die aus rheinischen und westfälischen Delegierten besetzte Tagung des „120er Gremiums“ statt, das endgültig die Listenkandidaturen der CDU für Nordrhein-Westfalen verabschiedet.

Wir veröffentlichen hier die Namen der Kandidaten in den Bundestags-Wahlkreisen des Rheinlandes:

53 Aachen: Dr. Hans Stercken, 54 Kreis Aachen: Hans-Peter Schmitz, 55 Heinsberg: Dr. Karl H. Fell, 56 Düren: Wolfgang Vogt, 57 Erftkreis I: Alfons Müller, 58 Euskirchen-Erftkreis II: Peter Milz, 59 Köln I: Dr. Lothar Theodor Lemper, 60 Köln II: Dr. Heribert Blens, 61 Köln III: Dr. Dorothee Wilms, 62 Köln IV: Prof. Dr. Winfried Pinger, 63 Bonn: Dr. Hans Daniels, 64 Rhein-Sieg-Kreis I: Dr. h. c. Adolf Herkenrath, 65 Rhein-Sieg-Kreis II: Dr. Franz Möller, 66 Oberbergischer Kreis: Dr. Horst Waffenschmidt, 67 Rheinisch-Bergischer Kreis: Franz Heinrich Krey, 68 Leverkusen-Rhein.-Berg. Kreis II: Dr. Franz-Josef Berners, 69 Wuppertal I: Claus Vogt, 70 Wuppertal II: Günter Schroff, 71 Solingen-Remscheid: Bernd Wilz, 72 Mettmann I: Dr. Theodor Blank, 73 Mettmann II: Heinz Schemken, 74 Düsseldorf I: Wolfgang Schulhoff, 75

Düsseldorf II: Klaus-Heiner Lehne, 76 Neuss I: Dr. Heinz-Günther Hüsch, 77 Neuss II: Willy Wimmer, 78 Mönchengladbach: Hans Wilhelm Pesch, 79 Krefeld: Hansheinz Hauser, 80 Viersen: Julius Louven, 81 Kleve: Heinrich Seesing, 82 Wesel I: Dr. Friedrich Kronenberg, 83 Wesel II: Karl Lamers, 84 Duisburg I: Horst Günther, 85 Duisburg II: Irmgard Karwatzki, 86 Oberhausen: Dr. Ruprecht Vondran, 87 Mülheim: Andreas Schmidt, 88 Essen I: Norbert Königshofen, 89 Essen II: H.-Dieter Geeven, 90 Essen III: Dr. Paul Hoffacker.

**Schwier soll
Dienstanweisung
zurücknehmen**

In einem Brief an Kultusminister Schwier und an Innenminister Schnoor hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Worms, ultimativ die Rücknahme der Gesamtschul-Dienstanweisung gefordert. Worms begründete diese Forderung mit dem Hinweis auf die nach seiner Meinung „nicht hinnehmbaren Bestimmungen“ der Anweisung, die unter anderem die Fach- wie auch die Kommunalaufsicht gegenüber den Kommunen in Fragen der Gesamtschulerrichtung erheblich verschärfen würden. So sei die weitgehende Androhung einer sofortigen Ersatzvornahme bis hin zur Gebäudebestimmung und anderer schulorganisatorischer Maßnahmen ein ungewöhnlicher Schritt, der in dieser Form dem bisherigen Gesamtschulerrichtungserlaß so nicht entnommen werden könne.

In rechtlich höchst bedenklicher Weise, so Worms weiter, werde versucht, die Gemeinden selbst dann zur Errichtung von Gesamtschulen zu zwingen, wenn sie nach dem Schulverwaltungsgesetz zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet seien, Gesamtschulen zu errichten.

Worms kündigte an, daß die CDU-Landtagsfraktion auf die beabsichtigten Sondersitzungen des Schulausschusses wie auch des kommunalpolitischen Ausschusses verzichten werde, wenn der Kultusminister den Regierungspräsidenten die Rücknahme der Dienstanweisung offiziell mitteilt und das Ergebnisprotokoll für gegenstandslos erklärt.

Fusion der Juristen

Auf nordrhein-westfälischer Ebene haben die Landesarbeitskreise Christlich-Demokratischer Juristen Rheinland und Westfalen-Lippe die Fusion bereits vollzogen. Bei einer Tagung in Essen wurde der bisherige westfälische Vorsitzende Erwin Marszewski, MdB, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende der rheinischen Landesgruppe, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, wurde sein Stellvertreter. Als weiterer Stellvertreter fungiert Heinz Paus, MdL. Beisitzer sind Klaus Koepsel, Dr. Andreas Brinkmann, Dr. Iris Magdowski und Dr. Otmar Pohl.

Bezirksgründung verschoben

Die Gründung des Bezirksverbandes Niederrhein der CDU Nordrhein-Westfalen wurde auf den 18. Juni verschoben. Die Gründungsversammlung findet in Kamp-Lintfort statt. Im Vorgriff auf die Bezirks-

gründung hat sich bereits die Wirtschaftsvereinigung der CDU des Niederrheins auf Bezirksebene mit den Kreisverbänden Neuss, Mönchengladbach, Krefeld, Viersen, Kleve und Wesel formiert. Der Krefelder Rechtsanwalt und Kreisvorsitzende der Wirtschaftsvereinigung, Kurt Kähler, wurde zum Bezirksvorsitzenden der Vereinigung gewählt.

40 Jahre CDA

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft — Landesverband Rheinland — sind 40 Jahre alt geworden. Die CDA hat das Datum nicht verstreichen lassen, ohne eine Dokumentation ihrer nun schon beachtlichen und vor allem beachtenswerten Geschichte vorzulegen. Unter dem Titel „40 Jahre CDA Rheinland — Aufgabe und Verpflichtung für die Zukunft“ ist diese Broschüre bei den Sozialsekretären zu haben.

PERSONALIEN

Dr. Dorothee Wilms, Bundesministerin für Bildung und Wissenschaften, stellte zu den Erweiterungsplänen der Universität Witten-Herdecke fest: „Die Mithilfe des Staates bei den Investitionsmaßnahmen privater Hochschulen ist grundsätzlich möglich und braucht deren Eigenständigkeit nicht in Frage zu stellen.“ Eine Bundesförderung für die Herdecker Pläne ist aber nur möglich, wenn das Land ebenfalls Investitionszuschüsse gewährt. Landeswissenschaftsministerin Brunn (SPD) stellte in einem Rundfunkinterview fest, daß sie nur wenig Chancen sähe, mit Landesmitteln die private Universität zu fördern.